

ARBEITSLOSIGKEIT IST GELDLOSIGKEIT – WIR KÖNNEN SIE BEKÄMPFEN

Zitat aus der Homepage der Schweizerischen Nationalbank: Unabhängigkeit/Verhältnis zum Bund (siehe www.snb.ch)

„Die Zentralbank ist die einzige Institution, die autonom neues Geld schaffen kann. Da sie eine öffentliche Aufgabe erfüllt, muss sie der Aufsicht der Behörden unterstehen. Diese Aufsicht sollte jedoch nicht zu einer direkten Unterstellung unter die politischen Instanzen führen, da sonst die Gefahr bestehen würde, dass die Zentralbank zur direkten oder indirekten Finanzierung öffentlicher Ausgaben missbraucht wird...“

...Der schweizerische Gesetzgeber hat daher dem Noteninstitut eine grössere Unabhängigkeit im staatspolitischen Gefüge gewährt.“

Viele Schweizerinnen und Schweizer wissen nicht, dass das schweizerische Geldsystem seit der Gründung der Nationalbank 1908 privat organisiert ist. Wer die Hoheit hat über das Geldsystem – also die Verantwortung über den Geldfluss in die Wirtschaft und die Gesellschaft -, ist verantwortlich für die Konjunktur, für das Armutsgefälle und die Arbeitslosigkeit. In der Schweiz sind dies Private!

Seit der Gründung der Nationalbank wurde das Geldsystem weiter privatisiert. Heute ist es nicht allein die Notenbank, welche autonom Geld schöpfen kann: Immer mehr - und gerade im internationalen Umfeld - können, beispielsweise in Form von Leasing oder derivativen Geschäften, auch private Konzerne wie VW, Siemens, Nestlé. Allerdings will und kann offenbar niemand mehr Verantwortung für die Störungen im Geldkreislauf übernehmen. Die Folgen sind fatal: Für Probleme wie Armut, Arbeitslosigkeit, Working poor, fühlt sich niemand verantwortlich. Mit staatlichen Sozialversicherungen glaubte man sie lösen zu können. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre machte aber deutlich, dass dies so nicht gelingt. Grosskonzerne fusionieren, schaffen tausend Stellen, entlassen wieder zehntausend Angestellte – ein stetes Rauf und wieder Runter. Die KMU und der Staat dürfen die betroffenen Menschen wieder auffangen, betreuen und unterstützen. In der Informatik haben die Grosskonzerne einen „war for talents“ vom Stapel gerissen, den nur sie gewinnen konnten: Nur sie verfügen über das notwendige Geld, um die überrissenen Löhne überhaupt zu finanzieren. Und kaum können sie diese Leute nicht mehr beschäftigen, dürfen wir sie wieder in den Arbeitslosenzentren abholen.

Die Nationalbank – die grosse Unbekannte

Schweizerinnen und Schweizer wissen zwar, dass es eine Notenbank gibt. Wie sie funktioniert, welche Verantwortung sie trägt und was es mit der privaten Unabhängigkeit genau auf sich hat, kennen die wenigsten genau. Eindrücklich zeigt dies ein Ausschnitt aus einem Gespräch aus dem Jahre 1976 zwischen Lilo Pulver und Leo Schürmann, damals Vizedirektor der Schweizerischen Nationalbank. Die Gesprächsleitung hatte Charles Clerc:

Clerc: Wem gehört eigentlich die Schweizerische Nationalbank?

Pulver: Der Schweiz. Uns allen.

Schürmann: Gute Antwort. Den Aktionären. Jeder Schweizer kann Aktionär werden bei der schweizerischen Nationalbank.

Clerc: Ich bin etwas überrascht – man würde erwarten, dass der Bund Aktionär wäre. Das ist er aber nicht.

Schürmann: Eine Notenbank muss unabhängig sein. Eine Notenbank, welche Geld produziert und Geld vernichtet, darf nicht unter politischem Druck stehen. Deshalb sind wir privat und unabhängig vom Staat.

Pulver: Kann man denn bei Ihnen auch ein Sparbüchlein anlegen? Wo ist diese Bank überhaupt?

Schürmann: Nein, Sparbüchlein anlegen kann man bei uns nicht. Unsere Bank ist eine besondere Bank. Sie ist die Bank der Banken. Wir betätigen uns im Interesse der Volkswirtschaft, also des Volkes. Wir Politiker opfern uns für das Wohl des Volkes. Wir sorgen dafür, dass wir nicht zuviel und nicht zuwenig Geld drucken (Inflation/Deflation), damit die Wirtschaft gut läuft.

Dieses kurze Gespräch veranschaulicht eindrücklich, wie die wirklichen Hintergründe der Notenbank und die Art, wie sie funktioniert, während Generationen verschleiert wurden. Schürmann macht zwar konkrete Aussagen, aber verständlich sind diese nicht. Im weiteren Verlauf des Gespräches zeigt sich,

dass Schürmann sich seiner Verantwortung und derjenigen jenes Institutes - egal ob dieses privat oder staatlich ist - durchaus bewusst ist.

Schürmanns Aussage, die Nationalbank gehöre allen Schweizerinnen und Schweizern, weil ja alle Aktien erwerben könnten, ist so nicht richtig. Dies würde nur zutreffen, wenn Schweizerinnen und Schweizer mit ihrer Geburt automatisch Besitzerinnen bzw. Besitzer der Bank würden. Durch Geburt automatisch Mitbesitzer der Bank werden heute jedoch nur Erbinnen und Erben bisheriger Aktieninhaber. Schürmanns Argumentation wurde auch bei der Privatisierung der Luzerner Kantonalbank vorgebracht. Mit dem Slogan „Meine Bank“ wird suggeriert, die Kantonalbank gehöre allen Luzernerinnen und Luzern zu gleichen Teilen. Seit der Privatisierung stimmt dies bei der Luzerner Kantonalbank nicht mehr, sowenig wie es bei der Schweizerische Nationalbank seit deren Gründung 1908 je zutraf.

Nur wenn diese Banken dem Bund oder dem Kanton gehörten, würden tatsächlich alle neugeborenen Schweizerinnen und Schweizer - wie dies in einer direkten Demokratie zu erwarten wäre - von Geburt weg und über Generationen unbeschränkt und zu gleichen Teilen profitieren vom volkswirtschaftlichen Wachstum, dem Vermehren der Geldmenge. Alle Schweizerinnen und Schweizer, Luzernerinnen und Luzerner kämen zu gleichen Teilen in den Genuss des Mehrwerts. Durch die Art, wie diese Banken heute organisiert sind, fällt der Profit jedoch allein den Aktionären zu. Wer von Beginn weg Aktionärin oder Aktionär war, profitierte im Fall der Nationalbank in den letzten 100 Jahren vom gewaltigen Mehrwert, den diese Bank dadurch erzielte, dass die gesamte Schweizer Bevölkerung arbeitete und die Nationalbank für diese Arbeit künstlich Geld schöpfte.

Das Schöpfen von Geld entspricht einem alchemistischen Prinzip. Die Alchemisten stellten vor 250 Jahren ihre Versuche ein, Gold künstlich herzustellen, weil sie feststellten, dass sie das Ziel, Vermögen ohne Arbeit zu schaffen, mit dem Drucken von Notengeld viel einfacher erreichen konnten.

Wer das Recht hat, Geldnoten zu drucken, hat in einem Rechtsstaat *de facto* die Steuerhoheit. Liegt diese Steuerhoheit bei Privaten, muss sich der Staat bei ihnen verschulden, um seine Infrastrukturen zu erstellen.

Aus diesem Umstand entstanden Privilegien für einige wenige Private, weil faktisch doch nur ein verschwindend kleiner Teil der Schweizerinnen und Schweizer an der Notenbank beteiligt sind. Durch das staatliche System der Kantonalbanken wurde diese Ungleichheit während Generationen einwandfrei ausgeglichen. Durch die Privatisierung von Kantonalbanken wurde dieser Ausgleich in den letzten 10 Jahren jedoch immer mehr durchlöchert.

Der Beginn des Todesstosses für das demokratische Geldsystem setzte ein, als beschlossen wurde, das Bankensystem nicht nur noch mehr zu privatisieren, sondern auch noch den Goldstandard aufzuheben. Dies hatte zur Folge, dass Private heute theoretisch unbegrenzte Mengen Geld künstlich herstellen können, ohne dafür wirtschaften zu müssen. Sie können dafür in Form des Zinses auch gleich noch einen Zehnten (Steuern) verlangen.

Spätestens seit der Aufhebung des Goldstandards kann nicht nur die Notenbank autonom neues Geld schaffen, wie es auf der Homepage der Nationalbank steht. Durch Leasing und derivative Geschäfte können nun immer mehr auch Private die Geldmenge nach Belieben erweitern – also Geld schöpfen. Insbesondere Grosskonzerne wie Siemens, VW, Nestlé usw. brauchen deshalb keine Notenbanken mehr. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Goldreserven der Notenbanken aufgehoben werden und die Notenbanken immer bedeutungsloser werden: Private steuern die grossen Geldmengen dieser Welt – und damit den Gang der Wirtschaft. Vor kurzem wurde deshalb der Lombardzins abgeschafft - mit den alten Steuerungsmechanismen konnten die Notenbanken die Geldmenge kaum mehr beeinflussen.

Kritisch an dieser Veränderung ist, dass seit Mitte der 70er-Jahre die demokratische Kontrolle über das Geldsystem und damit über die Konjunktur verloren ging. Das Privileg der Geldschöpfung übernahmen die Privaten dankend. Sie fühlen sich aber - wie auch die Swissair-Affäre deutlich machte - nicht dafür verantwortlich, die Probleme wie Armut und Arbeitslosigkeit zu lösen, welche durch Störungen im Geldsystem verursacht werden. Auch im kapitalistischen System des Westens werden Armut und Randständigkeit wie im Archipel Gulag der Sowjetunion ganz einfach durch Polizeigewalt bekämpft. So sitzt heute jeder hundertste US-Amerikaner im Gefängnis. Hinzu kommen einige Millionen US-Amerikaner, die auf Bewährung frei sind.

Schon John F. Kennedy wollte der Demokratie mehr Rechte im Geldsystem einräumen und durchsetzen, dass nur der demokratische Rechtsstaat Geld schöpfen darf. Auf diese Weise kann er auch Verantwortung für wirtschaftlich schlechte Zeiten übernehmen, die Private niemals tragen wollen.

Nicht Arbeitslosigkeit, sondern Geldlosigkeit

Würden die Privaten ihre Verantwortung wahrnehmen, wäre alles nicht so schlimm. Es gab ja auch immer wieder Könige, welche das Recht hatten, Geld zu schöpfen, und die verantwortungsvoll für zu das Volk sorgten. Wer jedoch Arbeitslosigkeit als gottgegebene Sache akzeptiert und diese auch noch obligatorisch versichert, der hat nicht verstanden, dass Arbeitslosigkeit eigentlich der falsche Begriff ist. Aus monetärer Sicht bedeutet Arbeitslosigkeit eigentlich Geldlosigkeit. Durch Störungen im Geldkreislauf gelangt das Geld nicht zu jenen Menschen, welche wirtschaftlich tätig werden - arbeiten oder Nutzen stiften - möchten.

Weil nun neben der Notenbanken beliebig viele andere - Private und öffentliche Haushalte - Geld schöpfen dürfen, ist nicht mehr klar, wer denn nun für die Geldlosigkeit zuständig ist. Entsprechend wird Geldlosigkeit (Arbeitslosigkeit) als gottgegeben akzeptiert, obwohl Geld wie die übrige Wirtschaft vom Menschen gemacht sind. Wir wären durchaus in der Lage, sie zu steuern, sobald wir die Verantwortung richtig zuweisen.

Muri Ivo
Unternehmer
Glockenstrasse 1
CH-6210 Sursee